

Gewerkschaften und politische Parteien in Afrika: Neue Bündnisse, Strategien und Partnerschaften

von Edward Webster¹

Gewerkschaften haben in Afrika eine lange Tradition des politischen Engagements – angefangen mit ihrer Beteiligung an den antikolonialen Bewegungen bis hin zu den Kämpfen für die Demokratie in heutiger Zeit. Ihr historisches Engagement in der Politik lässt sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase prägte ein gemeinsamer Kampf gegen den Kolonialismus, als enge Beziehungen zwischen Gewerkschaften und den nationalen Befreiungsbewegungen entstanden. Dabei waren die Gewerkschaften zwar wichtige Akteure, aber übernahmen i.d.R. den Part des Juniorpartners gegenüber Parteien; sie entwickelten auch keine eigene soziale Agenda außerhalb des Kampfes für politische Unabhängigkeit und darüber hinaus.

Die zweite Phase setzt mit der politischen Unabhängigkeit und Einführung von Entwicklungsvorhaben unter Federführung des Staates ein, was schnell zur Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Dienst führte. Theoretisch wurden in dieser Phase die formalen Gewerkschaftsrechte zwar oftmals geschützt, aber praktisch waren Gewerkschaften den dominierenden Parteien untergeordnet und verloren damit die Fähigkeit, sich als unabhängige Kraft politisch einzumischen. Vielmehr wurde von ihnen eine Doppelrolle erwartet: zunächst die Unterstützung bei der gesamtnationalen Entwicklung und erst zweitrangig die Interessenvertretung für Mitglieder. Diese Um-

kehrung im primären Rollenverhalten von Gewerkschaften als eher entwicklungspolitische und weniger interessenpolitische Einrichtung wurde von Regierungen damit begründet, dass Gewerkschaften nur einen Teil der Beschäftigten dieser Länder vertreten.

Eine dritte Phase, die Phase der Marktregulierung, setzte in den 1990er Jahren ein. Angesichts der in den 1970er und 80er Jahren vielerorts aufgelaufenen Staatsverschuldung wurden Regierungen nunmehr von den Internationalen Finanzinstitutionen unter Druck gesetzt, ihre Haushalte den konventionellen

1 Beim vorliegenden Artikel handelt es sich um eine Zusammenfassung der Diskussionen auf der Konferenz über: „Gewerkschaften und Politik: Afrika aus vergleichender Perspektive“, die am 21.–22. Juli 2006 gemeinsam von der Abteilung für Arbeitssoziologie (SWOP) der Universität von Witwatersrand, dem Institut für Entwicklungsstudien (IDS) der Universität von Simbabwe, der Gruppe für Entwicklungspolitik der Universität Stockholm und der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet wurde. Auf der Konferenz trafen sich afrikanische Wissenschaftler und Gewerkschaftsaktivisten.

Ich möchte gleichzeitig dankbar den Bericht von Bjorn Beckman zur gleichen Konferenz in der November 2006-Ausgabe des „Newsletter of RC 44“ (Forschungsausschuss zu Gewerkschaftsbewegungen des internationalen Soziologenverbandes) erwähnen. Die Konferenzveranstalter Professor Bjorn Beckman, Sakhela Buhlungu und Lloyd Sachikonye werden demnächst ausgewählte Vorträge in redaktionell überarbeiteter Form herausgeben.

neoliberalen Grundsätzen sparsamer Haushaltspolitik anzupassen. Im Rahmen dieser Strukturanpassungsprogramme kam es zu beträchtlichen Arbeitsplatzverlusten und die meisten Gewerkschaften versuchten, aus der staatlich-korporatistischen Ordnung auszuweichen, die anscheinend nicht mehr leistungsfähig war. Im Widerstand gegen Entlassungen, Lohnkürzungen, Privatisierung und Verschlechterung von Sozialleistungen entwickelten sich Gewerkschaften zu einer bedeutsamen Gegenkraft gegen die im postkolonialen Afrika typischen Einparteistaaten. Eine zentrale Forderung dieser Gewerkschaften war mehr Autonomie sowie Einfluss auf die allgemeine Richtung der Regierungspolitik. Tatsächlich standen Gewerkschaften immer im Mittelpunkt, sobald in Afrika von heute autoritäre Regierungen in Frage gestellt wurden und werden. So paradox es klingen mag, haben postkoloniale Regierungen häufig Angst vor den Gewerkschaften, auch wenn diese schwach sind.

Zur Untersuchung dieser sich wandelnden Beziehung zwischen der Gewerkschaftsbewegung und politischen Parteien bedienen wir uns eines vergleichenden Ansatzes, um die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien in vier Regionen des Kontinents genauer unter die Lupe zu nehmen, nämlich im Südlichen Afrika, Ostafrika, Westafrika und Nordafrika.

Dabei stellen sich drei Fragen bezüglich der Beziehung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien:

- Wie können Gewerkschaften ihren politischen Einfluss ausweiten und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit wahren?
- Und insbesondere, wie erfolgreich haben Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit und ihren Einfluss gestärkt, wenn sie nationalen Parteien sehr nahe stehen?
- Entwickeln sich alternative Formen der Einflussnahme auf die Politik?

WESENTLICHE ERGEBNISSE

Bei einer Betrachtung von sieben Ländern (s. Fußnote 1 und Liste der Länder in der Tabelle) lassen sich verschiedene Schlussfolgerungen ziehen.

Trotz des scheinbar universellen Trends zur „Lockerung“ der Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Parteien in dieser Phase der Marktregulierung zeigen sich in den sieben untersuchten Fällen erhebliche Unterschiede sowohl was den Umfang als auch das Wesen der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Politik angeht. Während der Anteil der Lohnabhängigen an der Gesamtbevölkerung gering ist und weiter abnimmt, bleiben die Gewerkschaften eine politische Kraft, mit der zu rechnen ist. Aufgrund ihrer Mitgliederbasis und strategischen Verortung in der Volkswirtschaft, vor allem im Verkehrswesen und zentralen öffentlichen Diensten, können sie im Gegensatz zu Lobbygruppen und NROs flächendeckend mobilisieren und die Arbeit niederlegen. Im Gegensatz zu Lobbygruppen sind Gewerkschaften auch nicht nur auf ein Thema fixiert. Somit kann die organisierte Arbeitnehmerschaft für eine Vielzahl von Kräften innerhalb des Volkes als Sprachrohr und Führung dienen.

Das heißt aber nicht, dass Gewerkschaften Ersatzparteien seien. Und Gewerkschaften sind auch nicht unbedingt in der Lage, im Parlament eine eigene Vertretung aufzubauen. Vielmehr gestalten sich die historisch bedingten Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Parteien in der Regierung infolge des Zusammenspiels globaler Kräfte und interner Kämpfe im postkolonialen Afrika neu und bieten die Chance für neue Bündnisse, Strategien und Partnerschaften. Diese Neugestaltung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteien lässt sich mit den vier in der Tabelle dargestellten Idealtypen (s. nächste Seite) beschreiben.

BEZIEHUNG GEWERKSCHAFT-PARTEI IM POSTKOLONIALEN AFRIKA

Beziehung Gewerkschaft-Partei	Länder
Traditionelles Klientelmodell: Gewerkschaften gehören weiterhin zur Klientel der Regierungspartei.	Ägypten, Senegal
Trennung: Gewerkschaften verlassen das Bündnis und gründen eigene Partei als Teil der Opposition. Entweder gelingt dies nicht wie im Falle Nigerias oder die Gewerkschaften gründen eine Partei und halten sich hinterher aus der Politik heraus wie im Falle Sambias und Simbabwe.	Simbabwe, Sambia, Nigeria
Unglückliche Ehe: Gewerkschaften befinden sich in einem unbefriedigenden Bündnis mit der Regierungspartei. In Südafrika sind Gewerkschaften nicht direkt im Parlament vertreten, während in Uganda die Gewerkschaften Abgeordnete wählen, die den Gewerkschaften gegenüber aber nicht rechenschaftspflichtig sind.	Südafrika, Uganda
Abstinenz: Gewerkschaften ziehen sich aus der Parteipolitik zurück und eine Mehrparteien-Demokratie entsteht. Gewerkschaften übernehmen eine führende Rolle in der Zivilgesellschaft.	Ghana, Südafrika

1. Das traditionelle Klientelmodell

Als historischer Teil des nationalistischen Lagers bleiben viele Gewerkschaften weiterhin den nationalistischen Parteien eng verbunden. Sowohl Senegal als auch Ägypten fallen in diese Kategorie.

Im Senegal hatte jede Partei der „Linken“ eigene, ihr angeschlossene Gewerkschaften, obwohl nach der Wahlniederlage der regierenden Sozialistischen Partei im Jahr 2000 die Entwicklung zu größerer gewerkschaftlicher Autonomie an Fahrt gewonnen hat. Im Senegal gibt es seither intensive Diskussionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung darüber, wie man am besten die Regierungspolitik beeinflussen könne: auf der Grundlage größerer gewerkschaftlicher Einheit und Unabhängigkeit kämpfen oder parteipolitische Bündnisse eingehen, um leichter Zugang zu politischen Entscheidungsträgern zu erhalten?

In einigen Fällen wie Ägypten bleiben die Gewerkschaften in Strukturen autoritärer Regierungsparteien ohne Autonomie und Einfluss verhaftet. Aber es gibt auch Anzeichen dafür, dass die Klientelbeziehung zur herrschenden Partei dazu geführt hat, dass Beschwerden und Anliegen der Beschäftigten auf der Ebene der Betriebe zum Ausdruck gebracht werden. Das führte häufig zu inoffiziellen Arbeitsniederlegungen und gleichzeitig entstanden parallel zu den offiziellen Strukturen Netzwerke von Aktivisten.

2. Trennung vom nationalistischen Bündnis und Bildung einer oppositionellen Arbeitspartei

Für einige ist die Bildung einer „Arbeitspartei“ mit direkten Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung das „natürliche“ Mittel der gewerkschaftlichen Einflussnahme auf die Politik – zumindest angesichts der

europäischen Erfahrungen einer starken Bindung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und der organisierten Arbeiterbewegung. Unsere Fallstudien zeigen jedoch, dass die afrikanische Erfahrung anders aussieht; zwar gab es gewerkschaftliche Bestrebungen zur Bildung einer politischen Partei in Nigeria, Simbabwe und Sambia, doch die Beziehungen erwiesen sich nicht als haltbar und der Staat zeigte sich auch nicht bereit, eine solche Beziehung zu dulden.

Die Gewerkschaften Simbawwes liefern ein gutes Beispiel. Obwohl der Gewerkschaftsdachverband Simbawwes (ZCTU) 1999 eine zentrale Rolle bei der Bildung der oppositionellen Bewegung für einen Demokratischen Wandel (MDC) spielte, ist er nicht daran beteiligt. Die Tatsache, dass die Bewegung MDC sich auf unterschiedliche gesellschaftliche Klassen gründet, spiegelt sich in ihrer ideologischen Anschauung wider, die im Großen und Ganzen einer Liberalisierung der Wirtschaft positiv gegenübersteht. Die Regierung Simbawwes hat versucht, dem ZCTU das Wasser abzugraben, indem man entweder seine Führungskräfte verhaftete und schikanierte oder rivalisierende, regierungsfreundliche Gewerkschaften förderte und finanzierte. Trotz der feindseligen Haltung gegenüber dem ZCTU bleibt der Gewerkschaftsbund jedoch dem sozialen Dialog verpflichtet und nimmt am dreiseitigen Verhandlungsprozess teil in dem Versuch, die Gesellschaft und Wirtschaft zu stabilisieren. Für den ZCTU besteht die Herausforderung darin, diese doppelte Agenda angemessen auszutariieren und sich einerseits gegen Schikane und Einschüchterung zu verteidigen und andererseits den sozialen Dialog mit Arbeitgebern und Regierung zu suchen.

In Nigeria führte eine lange Tradition des politischen Engagements der Gewerkschaften zu einer Aufeinanderfolge erfolgloser „Arbeitsparteien“. Seit dem Ende der Militärherrschaft 1999 kam es wiederholt zu Konfrontationen mit der Regierung, in denen der nigerianische Gewerkschaftsbund (NCL) seine beträchtliche Unterstützung in der Bevölkerung unter Beweis stellen konnte, insbesondere in der Preispoli-

tik für lokale Mineralölerzeugnisse. Es gelang ihm jedoch nicht, diese zweifelsohne bestehende politische Schlagkraft in eine wirkungsvolle parlamentarische Beteiligung umzusetzen.

3. Unglückliche Ehe, in der Gewerkschaften eine prekäre Beziehung zur Regierungspartei aufrechterhalten

Im Falle Südafrikas unterhält der führende Gewerkschaftsbund COSATU (Congress of South African Trade Unions) zwar ein Bündnis mit der Regierungspartei, bewahrt sich aber ein beträchtliches Maß an Autonomie und Einfluss. Zwar gibt es immer wieder Spekulationen über einen baldigen Bruch des Bündnisses, aber Befragungen unter COSATU-Mitgliedern verweisen noch immer auf viel Unterstützung für die „Allianz der Drei“, nämlich den regierenden Afrikanischen Nationalkongress (ANC), die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) sowie COSATU. Zwar ist COSATU in einer für den Kontinent außergewöhnlich starken Position, steht aber vor denselben Problemen wie die Gewerkschaften anderer Länder, wo eine Regierung mit Gewerkschaftsunterstützung an die Macht gekommen ist und dann eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik umgesetzt hat. Der Gewerkschaftsbund macht auch Erfahrungen mit der Informalisierung der Arbeit, die Gewerkschaften dazu zwingt, auch Beschäftigte außerhalb des Lohnarbeitersegments sowie zivilgesellschaftliche Organisationen außerhalb des Lagers des ANC anzusprechen.

In Uganda hält die Gewerkschaftsführung am Bündnis mit dem regierenden Museveni-Regime fest und Parlamentssitze werden für die Gewerkschaften reserviert. Den Gewerkschaften fehlt es jedoch an Unabhängigkeit und die Parlamentarier müssen sich an die Regierungslinie halten. Infolgedessen besteht eine Art Günstlingsbeziehung zwischen der regierenden Partei und den Gewerkschaftsvertretern. Uganda zeichnet sich auch durch die kürzliche Einführung progressiverer Arbeitsgesetze aus, was als Bedingung für den „African Growth and Opportunities Act“ (AGO), einem Präferenzhandelssystem,

vorausgesetzt wurde. Diese Änderungen ergaben sich interessanterweise nicht auf gewerkschaftlichen Druck hin, sondern weil die Regierung der Vereinigten Staaten auf Anerkennung internationaler Arbeitsnormen drängte.

4. Abstinenz: In Ghana haben sich Gewerkschaften bewußt aus der Parteipolitik zurückgezogen

Die Politik der Bündnisfreiheit wurde 1992 beschlossen und in der Satzung des Dachverbandes „Ghana Trade Union Congress“ (GTUC) verankert. Die Entscheidung war z.T. auf frühere Erfahrungen mit Nkrumahs „Convention Peoples Party“ (CPP) zurückzuführen, aber genau so auf gescheiterte Versuche des GTUC, eine eigene Partei zu gründen. Zwar ist es dem GTUC nicht gelungen, die Richtung der neoliberalen Regierungspolitik zu verändern, aber er hat eine führende Rolle in der Zivilgesellschaft übernommen und konnte erfolgreich die Privatisierung von Wasser abwenden. Die Gewerkschaften haben öffentlichen Spielraum gewonnen, weil sie nicht an eine politische Partei gebunden sind. Das steht im Gegensatz zu Gewerkschaften, die eine Oppositionspartei zu bilden versuchten, und jenen, die sich der Regierungspartei unterordnen, wie im Klientel-Modell.

Festzuhalten bleibt, dass auch die „Federation of Democratic Unions of South Africa“ (FEDUSA) und der „National Council of Trade Unions“ (NACTU) in Südafrika parteipolitisch nicht gebunden sind.

POLITISCHE IMPLIKATIONEN DER ERGEBNISSE

Welche politischen Schlüsse lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Meiner Meinung nach vier:

- Im Zeitalter der Marktregulierung muss man die Frage der historisch entstandenen Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Parteien neu überdenken.

Bis vor kurzem neigten Gewerkschaften im postkolonialen Afrika dazu, sich auf Bündnisse mit regierenden Parteien zu verlassen bei ihrem Versuch, öffentliche Politik mitzugestalten. Diese starke Ausrichtung auf Parteien hat z. B. dazu geführt, dass sich COSATU in die konflikträchtige Diskussion über die Nachfolge von Präsident Thabo Mbeki als Präsident Südafrikas eingemischt hat. Diese starke Identifikation der Gewerkschaftsführer mit bestimmten politischen Lagern hat Gewerkschaften – und den Gewerkschaftsbund insgesamt – tief gespalten. In vielen Mitgliedsgewerkschaften haben sich zwei Lager gebildet und sie sind nicht in der Lage, gewerkschaftliche Kernaufgaben wahrzunehmen, weil das Vertrauensverhältnis zwischen den Gewerkschaftsführungen nachhaltig gestört ist.

Aus den Länderstudien kann man erkennen, dass Gewerkschaften in Afrika ihre Einstellung zur Politik überdenken, sich weniger auf ihr Bündnis mit der regierenden Partei oder dem, was man ein politisches Bündnis nennen könnte, verlassen und sich mehr auf Koalitionen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Frauenorganisationen, Organisationen der Selbständigen, NROs und Organisationen der informellen Wirtschaft konzentrieren. Ich würde diese horizontalen – oder sozialen – Bündnisse von vertikalen – oder politischen Bündnissen zwischen Gewerkschaften und Regierungsparteien unterscheiden. So betrachtet, lässt sich politisches Engagement nicht auf parteipolitische Mitgliedschaft reduzieren. Wenn man sich tatsächlich über die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber politischen Parteien Gedanken macht, könnten sich Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen als Alternative in der politischen Arbeit anbieten.

Die Erfahrungen mit der Bildung der MDC in Simbabwe und der Bewegung für Mehrparteien-Demokratie (Movement for Multiparty Democracy, MMD) in Sambia haben uns vor Augen geführt, dass die Gründung einer Partei nicht die einfachste Option ist. Im Falle Sambias waren die Gewerkschaften enttäuscht darüber, was die MMD in der Regierung geleistet hat und sind von der Regierung fallen gelas-

sen worden, die sie mit an die Macht gebracht hatten. Sowohl in Sambia als auch in Simbabwe zogen sich die Gewerkschaften zurück, nachdem sie zur Gründung dieser Parteien beigetragen hatten.

- Gewerkschaften können neoliberale Politiken abmildern, sind aber nicht in der Lage, wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen vorzulegen.

Deutlich wird aus allen sieben Fallstudien, dass Gewerkschaften in Afrika – ebenso wie in anderen Ländern der Erde – weder die Kapazität noch die programmatische Vision haben, um Alternativen zu dieser Phase marktgetriebener Politik zu bieten. Im günstigsten Falle fanden sich Beispiele dafür, dass Gewerkschaften neoliberale Politiken abgemildert hatten – wie im Falle Ghanas mit der Privatisierung von Wasser oder in Südafrika, wo die Transportarbeitergewerkschaft die Privatisierung der Eisenbahnen verhindern konnte. Aber in den meisten Fällen befinden sich die Gewerkschaften in der Defensive und ihre Interventionen hinterlassen keine Wirkung auf die makroökonomische Politik, die dem neoliberalen Paradigma folgt.

Bedenkt man die starke Position des Kapitals in der globalen Wirtschaft heutzutage, wäre es für Gewerkschaften sinnvoll, einen breit ausgreifenden Ansatz zu wählen, um eine Machtbasis zu nutzen. Abgesehen von traditionellen Instrumenten der Macht – betrieblichen Verhandlungen und sozialem Dialog – sollte man auch neue Quellen der Macht in Betracht ziehen, die in der globalen Wirtschaft entstanden sind. Es geht darum, sowohl Verbindungen in horizontaler Richtung zu den Gemeinden vor Ort auszuweiten als auch internationalen Druck, z.B. durch Verhaltenskodices zur Förderung gerechter Arbeitsstandards, oder – noch wichtiger – über die Wertenketten, die Afrika mit der globalen Wirtschaft verbinden, aufzubauen. Eine Wertschöpfungskettenanalyse bietet das Potenzial, die Entwicklung der Gewerkschaften in der realen Welt arbeitender Menschen zu verankern. Sie gibt einen besseren Einblick darüber, wie Arbeitnehmer an verschiedenen Punkten der

Produktionskette unterschiedlichen Zugang zu einem vielschichtigen Schutzmechanismus haben. Die herkömmliche Wertschöpfungskettenanalyse könnte um ein weiteres Element bereichert werden, das auch als „Arbeit-Nutzen-Ansatz“ bezeichnet wird.

- Die Gewerkschaften spielen auch weiterhin eine zentrale Rolle im Kampf für Demokratie in Afrika.

Im Gegensatz zu den etablierten Demokratien stehen die postkolonialen Länder Afrikas vor der komplexen Aufgabe der „Nation-building“ und dem Aufbau der Wirtschaft. Daraus entsteht eine sehr ausgeprägte Kultur des „Wir“ und „Ihr“, in der Menschen jnach ihrem Beitrag für den nationalen Befreiungskampf eingruppiert werden (z.B. ein Genosse oder Veteran). Wer die gegen die Regierung ist, wird zum „Feind“ oder sogar zum „Konterrevolutionär“. Das heißt, dass die Toleranzschwelle sehr viel niedriger liegt, da sich die Demokratie noch nicht stabilisiert hat. Wie das Beispiel Simbawes zeigt, ist das Ergebnis dann nicht eine institutionalisierte Opposition durch die MDC und ihren gewerkschaftlichen Gegenspieler dem ZCTU, sondern eine offene, gewaltsame Auseinandersetzung, in der die von der Gewerkschaft unterstützte Opposition Zielscheibe organisierter Gewalt durch den simbabweischen Staat wird.

Im Laufe der Geschichte war aber die Existenz starker Gewerkschaften eine zentrale Voraussetzung für die Schaffung einer demokratischen Ordnung. Die Gewerkschaften in Afrika – wie früher in Europa und Nordamerika – stehen an vorderster Front im Kampf für die Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen und demokratischer Spielregeln. Man könnte sogar sagen, dass dynamische, kämpferische und unabhängige Gewerkschaften das wichtigste Bollwerk gegen autoritäre Strukturen und Einstellungen sind. Nach langer Zeit der Investitionszurückhaltung gibt es außerdem in den letzten Jahren wieder zunehmende Investitionstätigkeit in Afrika und – umstrittener – einen dramatischen Anstieg chinesischer Investitionen. Und wo das Kapital hingehet, folgen die Ar-

beitskräfte, einschließlich der Kämpfe um die Anerkennung von Gewerkschaftsrechten und demokratischen Spielregeln.

- Gewerkschaften müssen neue Partnerschaften mit Forschungseinrichtungen und Universitäten eingehen, um sich mit den neoliberalen Vorstellungen engagiert auseinander zu setzen, die zum vorherrschenden Paradigma in den Internationalen Finanzinstitutionen geworden sind.

Gewerkschaftliche Macht ist nicht nur eine Frage ihrer strategischen Position im Betrieb und der Fähigkeit zur Mobilisierung und Organisation, sondern auch der Macht der Ideen und der Fähigkeit, Ideen zu vertreten, die die marktgetriebene Entwicklung in Frage stellen und Alternativen anbieten, die auf eine arbeitnehmerfreundlichere globale Ordnung hinweisen. Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung den engeren Kontakt zu Forschungseinrichtungen und Universitäten sucht, um Alternativen zu entwickeln. Sowohl Gewerk-

schaften als auch Universitäten haben die jeweils andere Seite bisher eher als Mittel zum Zweck verstanden: Gewerkschaften, wenn sie Untersuchungen zur Unterstützung ihrer Kampagnenarbeit brauchen und Wissenschaftler, wenn sie Zugang zu Mitteln und Unterstützung für ihre Forschungsanträge brauchen. Echte Partnerschaft erfordert aber Gegenseitigkeit und die Bereitschaft, voneinander zu lernen.

Die Globale Gewerkschaftsuniversität (Global Labour University, GLU) und das Globale Universitätsforschungsnetzwerk (GURN) stehen beispielhaft für neue Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und Arbeitnehmerorganisationen, aus denen ein gemeinsames globales Lern-, Forschungs- und Diskussionsnetzwerk entstehen könnte. Diese Partnerschaften haben es sich zum Ziel gesetzt, bei der Entwicklung neuer Studienpläne mit Gewerkschaften und Universitäten zusammenzuarbeiten, um die Diskussions- und Wissensgrundlage zu gewerkschaftlichen Themen an den Universitäten zu erweitern.²

2 Die Konferenz über „Gewerkschaften und Parteien, Afrika aus vergleichender Perspektive“ war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Es bot Wissenschaftlern und Forschern ein Forum zum Austausch von Informationen, Konzepten und Theorien mit den Vertretern aus der Praxis, die für die Formulierung und Implementierung von Taktik und Strategie zuständig sind, die letztlich darüber entscheiden werden, ob sich in Afrika eine starke demokratische Gewerkschaftsbewegung entwickelt.

Zum Autor:

Edward Webster ist Professor für Soziologie und einer der Direktoren der Abteilung für Arbeitssoziologie (SWOP), Sozialwissenschaftliches Institut, Universität von Witwatersrand, Johannesburg

Weitere Literatur zum Thema:

Buhlungu, S. (ed.), *Trade unions and democracy: COSATU members political attitudes.* University of KWA-ZULU Press: Durban, 2006.

Beckman, B. and L. Sachikonye (eds.), *Labour regimes and liberalization in Africa.* University of Zimbabwe Press, 2002.

Adler, G. and E. Webster (eds.), *Trade unions and democratisation in South Africa.* St. Martins Press: New York/McMillan's Press: London, 2000.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Globale Gewerkschaftspolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung, Division for International Cooperation, Global Trade Union Program
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228 883-575

Sie finden die Kurzberichte zum Herunterladen auf <http://www.fes.de/gewerkschaften>
To download the briefing papers please use: <http://www.fes.de/gewerkschaften>

Dr. Rudolf Traub-Merz, Tel: 0228 883-582; e-mail: Rudolf.Traub@fes.de
Lisette Klöppel, Tel. 0228 883-517, e-mail: Lisette.Kloepfel@fes.de